

Der Grenzboten.

Der Grenzboten er. täglich
mit Ausnahme des den Son. Feiertagen
folgenden Tages und kostet vierteljährlich, voraus-
bezahlt, 1 M. 20 Pfg. Bestellungen werden
in der Geschäftsstelle, von den Ausägern des
Blattes, sowie von allen kaiserl. Postanstalten
und Postboten angenommen.

Tageblatt und Anzeiger
für
Adorf und das obere Vogtland

Inserate von hier und aus dem Verbreitungs-
bezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit
15 Pfg. die 4mal gespaltene Grundzeile oder
deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr
für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reclamen die Zeile 20 Pfg.

Fernsprecher Nr. 14.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: **Otto Meyer in Adorf.**
Hierzu Sonntags die illust. Gratisbeilage „Der Zeitspiegel“.

Fernsprecher Nr. 14.

No. 37.

Dienstag, den 14. Februar 1905.

Jahrg. 70.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Febr. 1 Uhr.

Der Reichstag setzte heute die Beratung der Handelsverträge fort. Erster Redner war Abg. Graf Reventlow (kons.), der sich zunächst in wichtiger Weise mit dem Abg. Gothein auseinandersetzte. Er nannte ihn einen rednerischen Massenmörder und einen rethorischen Kilometerfreier und fragte an, wie hoch die Getreidezölle erhöht werden müssen, bis auch Abg. Gothein auswandert. Dann wies der begabte Redner die Angriffe des preussischen Finanzministers Freiherr von Rheinbaben wie des Abg. Kardorff auf den Bund der Landwirte zurück. Redner bedauerte, daß die Spielerei mit den Schiedsgerichten nun auch in die Handelsverträge hineingebracht sei. Die Seuchenkonvention und die Aufrechterhaltung der Transitläger stöße vorläufig noch auf Bedenken. Die vorliegenden Verträge bedeuten eine Umkehr von der Caprivischen Politik und deshalb werde auch die wirtschaftliche Vereinigung nach einem Standpunkte suchen, von dem aus sie den Verträgen zustimmen könne. Abg. Zimmermann (Deutsche Reformp.) meinte, in den Verträgen sei mehr erreicht, als die interessierten Kreise erwartet hätten. Abg. Speck (Zentr.) bedauerte, daß namentlich Wünsche der süddeutschen Landwirtschaft unerfüllt geblieben seien, wobei der bayerische Staatsminister Graf von Zeppelin noch-mals betonte, daß einige Wünsche bei Handelsverträgen immer offen bleiben werden. Die bayerische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die vielen Zollerhöhungen auf landwirtschaftlichem Gebiete unserem Vaterlande zum Segen gereichen werden. Man dürfe jedoch die Verträge nicht vom spezifisch-bayerischen Standpunkte aus prüfen, sondern müsse die gesamten Interessen des deutschen Reiches im Auge behalten. Nach einer längeren Rede des Abg. Singer (Soz.) und einer kurzen Erwiderung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky wurde die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt. Schluß gegen 7 Uhr.

Politische Rundschau.

Die Höhe der Matrifularbeiträge für 1905 ist nunmehr festgesetzt worden. Das Königreich Sachsen wird für 1905 15 982 931 Mark zu zahlen haben, 1 743 555 Mark weniger als im Vorjahre. Mit höheren Beiträgen sind nur besetzt Preußen (131 168 385 Mark) und Bayern (22 440 283 Mark). Auf Sachsen folgen in ziemlich weitem Abstände Württemberg mit 8 093 633 und Baden mit 7 107 603 Mark. Für alle Staaten zusammen betragen die Matrifularbeiträge pro 1905 213 250 094 Mark, während pro 1904 236 437 113 Mark angelegt waren. Das Minus beträgt jetzt 23 187 019 Mark. Der Fehlbetrag pro 1903 ist 6 344 826 Mark, darauf kommen in Anrechnung die Einnahmen infolge Prüfung der Rechnung mit 137 500 Mark bei der Heeresverwaltung, 4 069 092 Mark Erstattungen aus dem Reichsinvalidentfonds, zusammen 4 304 992 Mark. Mithin bleiben 2 039 834 Mark durch den außerordentlichen Etat zu decken.

Berlin, 11. Febr. Nach Meldung des Generals von Trotha ging Hauptmann Morath mit der 5. Kompanie des Feldregiments 2 und 2 Geschützen der 5. Batterie von der Abteilung Meister gegen Kumub vor. Dieser Ort wurde nach kurzem Artilleriefeuer von den etwa 200 Witbois und Hereros in wilder Flucht nach Osten resp. Südosten verlassen und von uns besetzt. Der Feind ist anscheinend nach Kossob abgezogen. Major Lengerke setzt von Westen, die Posten in Aminuis (100 Kilometer nordöstlich Kumub) von Osten her die Aufklärung gegen den Kossobfluß fort. In Aminuis befindet sich

eine Postierung von 300 Mann, welche von der Besatzung in Gobabis Verstärkung erhalten sollte. Ob diese schon eingetroffen, ist noch nicht bekannt. Die Verpflegung der Truppen stößt auf Schwierigkeiten, weil die Ochsenspanne in dem Dünenlande versagen. Die Beweglichkeit der am Kossob stehenden Truppen ist durch sehr starken Verlust an Pferden beeinträchtigt. Lengerke und Meister haben zusammen 800 Pferde und Esel als Nachersatz beantragt, deren Verzinsung nur langsam von starten geht, da die Stappenstrassen mit Transporten aller Art stark belastet sind, weil die Wasservorräte nur für eine beschränkte Anzahl Tiere ausreichen und eine Besserung erst nach Ausführung der im Gange befindlichen Bohrarbeiten zu erwarten ist. Die Maschinengewehrabteilung Dürr hat am 7. Februar nach Marsch von Windhuk über Rehoboth nach Süden angetreten.

Bremen, 11. Febr. Anlässlich der Annahme der Kanalvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus sandte der Senat an Seine Majestät den Kaiser folgendes Telegramm: Seiner Majestät dem Kaiser, Berlin. Nachdem die von Euerer Majestät Staatsministerium dem Landtage gemachte Wasserstraßenvorlage im Abgeordnetenhaus zur Annahme gelangt ist, beehrt sich der Senat Euerer Majestät, dessen weit-schauender und unermüdlicher Fürsorge Deutschland das Zustandekommen dieses großartigen Wertes zu danken hat, seine ehrerbietigsten Glückwünsche auszudrücken. Der Präsident des Senats J. B. Barkhausen. — Darauf ist folgende Antwort eingelaufen: Präsident des Senats, Bremen. Den Glückwunsch des Senates habe ich gern und mit Dank entgegengenommen. Möge aus dem bereits vom Abgeordnetenhaus angenommenen Verkehrswerte Segen erblühen wie für die preussischen Lande so auch für die treue, freie Handelsstadt an der Weser und das Deutsche Reich. Wilhelm.

Essen, 11. Febr. Ueber einen großen Tumult auf der Zeche „Prosper“, Schacht 2, wird gemeldet: Auf dem Schachte, auf dem der größte Teil der Bergarbeiter angefahren war, entstand ein großer Krawall. Die Gendarmerie wurde auf allen Seiten, auch aus den Häusern, mit Doppelflinten und Pistolen beschossen. Ein Gendarm wurde schwer verwundet, eine Turnmutter ist augenscheinlich tot. Den militärischen Schutz, um den der Oberwachmeister bat, verweigerte der Landrat. Zurzeit, 5 Uhr nachmittags, ist eine regelrechte Schlacht, wahrscheinlich zwischen dem christlichen und dem alten Bunde, im Gange. Die Straßen sind von Menschenmassen gesperrt. Die Gendarmerie wird mit einem Hagel von Steinwürfen überschüttet.

Wien, 11. Febr. Als heute im Herrenhaus Vizepräsident Auersperg den Bericht über den Antrag Schönburg, betr. Aenderung des Geschäftsordnungsgesetzes des Reichsrats zur Verhandlung brachte, rief der auf der Galerie anwesende Abgeordnete Kieger: „Ich protestiere gegen die Einmischung in die Rechte des Abgeordnetenhauses!“ — Lebhaftige Rufe: Ruhe! — Abg. Kieger: Sie haben kein Recht zur Einmischung. Der Vorsitzende machte die Galerie aufmerksam, sie habe die Ruhe zu bewahren, weil er sonst die Entfernung der Ruhestörer verfügen werde. Abg. Kieger rief: Ich bin kein Ruhestörer, ich bin Volkvertreter und wahre das Recht der Volkvertreter. — Lebhaftige Entrüstung und Rufe: hinaus! — Der Vizepräsident unterbrach die Sitzung und ersuchte das Bureau, für die Entfernung des Ruhestörers Sorge zu tragen. Abg. Kieger entfernte sich nach einiger Zeit von der Galerie. Kurze Zeit darauf wurde die Sitzung wieder eröffnet; später erschien Kieger wieder auf der Galerie, verhielt sich aber ruhig.

Die Meldung des Reuterschen Bureaus aus Tokio, daß dort die Blockade von Wladivostok als durchgeführt gilt, ist wohl als eine vom Kriegszensur zusammengestrichene Anzeige aufzufassen, daß jetzt in der Nähe von Wladivostok japanische Kriegsoperationen größeren Maßstabes beginnen würden. Man scheint sich in der Festung bereits auf eine Belagerung vorzubereiten; denn die Zivilbevölkerung ist aufgefordert worden, mit Freikarten per Bahn westwärts oder nordwärts abzureisen. Da Wladivostok mit seinen drei Docks die einzige ausreichende russische Operationsbasis für das jetzt so ansehnlich verstärkte baldische Geschwader bleibt, so wäre es gewiß von entscheidender Bedeutung, wenn die Japaner auch diese Zufluchtsstätte, für deren Kohlenversorgung die Russen jetzt so energische, aber gewöhnlich dem Feinde zugute kommende Anstrengungen machen, noch vor der Ankunft der Flotte Kojadetschenskys in ihre Gewalt bekämen. Dann würde der lange Aufenthalt der russischen Flotten bei Madagaskar in der Tat von fataler Bedeutung sein.

Port Louis, (Mauritius), 11. Febr. Die russische Flotte ist von 15 Transportdampfern, einschließlich des französischen Dampfers „Eperance“, der 1000 Tonnen gefrorenen Fleisches an Bord hat, begleitet. Die Baltische Flotte wird Kossi Bee nicht vor Ende Februar verlassen.

Sansibar, 11. Febr. Fünf russische Kreuzer liegen auf der Höhe von Dar-es-Salaam seit Donnerstag vor Anker.

Deutliches und Sächsisches.

Adorf, 13. Februar. Ein Diensttelegramm vom Bahnhof Franzensbad an den hiesigen Bahnhof meldet, daß gestern nachmittags 3 Uhr 11 Minuten mit dem Zuge 2078 ein mit Rückfahrkarte Adorf-Franzensbad versehener etwa 40jähriger Mann in Franzensbad eintraf, der sich in Begleitung zweier Kinder befand. Der Mann fuhr dann nach Wsch weiter unter vermutlich absichtlich erfolgter Zurücklassung eines ungefähr 5jährigen Knaben. Der betreffende Passagier soll Bub heißen und in Adorf wohnen. Die Polizei ist davon verständigt worden. (Ein Einwohner namens Bub ist hier nicht wohnhaft.) — Wie uns heute Montag nachmittags viertel 5 Uhr gemeldet wird, ist das in Franzensbad gestern zurückgelassene Kind von seinem Vater heute wieder abgeholt worden. Näheres konnten wir jedoch vorläufig nicht erfahren.

Adorf. Wer für den ersten Bauabschnitt ds. Js. an das öffentliche Fernsprechnetz angeschlossen zu sein wünscht, hat Anmeldung hierzu bis kommenden Mittwoch, den 15. Februar, bei dem kaiserl. Postamt hier zu bewirken.

Gegenüber der Blättermeldung, daß die Absicht, eine Aenderung des sächsischen Landtagswahlrechtes vorzunehmen, aufgegeben worden sei, bemerkt die „Berl. Dtsche. Tsgz.“: Die Absicht, in einigen Punkten das bestehende Wahlrecht einer Reform zu unterziehen, sei durchaus nicht aufgegeben worden, im Gegenteil: man sei mit der Vorbereitung einer derartigen Aenderung heute noch beschäftigt. Bindende Beschlüsse irgend welcher Art seien natürlich noch nicht gefaßt worden. Mit Sicherheit sei anzunehmen, daß die im vorigen Landtage gegebenen Anregungen möglichst Berücksichtigung finden werden. Grundstlegend werde die Aenderung jedenfalls nicht sein; es werde sich jedenfalls nur um einen Ausbau des jetzigen Systems handeln. Zur Einführung des Pluralsystems, das bekanntlich von nationalliberaler Seite gewünscht war, schein wenig Reizung vorhanden zu sein.

— Um Sachsen herum, an Sachsen vorbei!